

II-13469 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
MAG. VIKTOR KLIMA

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 711 62-9100
Teletex (232) 3221155
Telex 61 3221155
Telefax (0222) 713 78 76
DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 18013/7-4-1994

6117/AB

1994-04-29

zu 6231J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.

Wallner und Genossen vom 3.3.1994, Zl. 6231/J-NR/1994

"die Zukunft der Region Obersteiermark im allgemeinen und des Standortes Donawitz im speziellen im Rahmen eines EU-Beitritts"

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu den Fragen 1 und 2:

"Wie sehen die neuen Rahmenbedingungen (allgemeine Konkurrenzsituation, Mitbewerber, Subventionsgrößen seitens der jeweiligen Regierungen für einzelne Stahlstandorte vor allem in Italien und Deutschland, etc.) in der Region Obersteiermark im allgemeinen und speziell für den Standort Donawitz im Vergleich zu EU-Standorten aus?"

Inwieweit ist der Standort Donawitz von den aktuell diskutierten Marktanpassungen aus Brüssel betroffen?"

Ein Beitritt Österreichs zur EU würde keine grundsätzliche Veränderung gegenüber den zur Zeit geltenden außenhandelspolitischen Rahmenbedingungen bedeuten. Hinsichtlich der möglichen Subventionsgrößen muß Österreich die ebenfalls bereits jetzt geltenden Wettbewerbsregeln beachten, denen auch alle anderen europäischen Mitbewerber unterliegen.

Die ÖIAG erwartet durch einen EU-Beitritt Österreichs keine Verschlechterung der Rahmenbedingungen für den Standort Donawitz im Hinblick auf die Konkurrenzsituation, den Wettbewerb u.a. Bei einem EU-Beitritt würden die Produkte der Langproduktgruppe gleich wie die Produkte der übrigen Hersteller in der EU behandelt.

Durch den Beitritt zur EU ist eine Gleichstellung der Produkte des Standortes hinsichtlich Marktzutritt gegeben, darunter fallen insbesondere die Bauprodukte, deren Anwendung innerhalb der EU gesetzlich geregelt ist und für alle Erzeuger im gesamten Raum der EU gleiche Voraussetzungen herrschen.

Nach Auffassung der ÖIAG ist der Standort Donawitz von in Brüssel diskutierten Marktanpassungen nicht betroffen. Donawitz hat 1992 durch Einstellung eines Hochofens die Roheisen- und damit auch Rohstahlproduktion von rd. 1.070.000 to pro Jahr auf rd. 800.000 to pro Jahr zurückgenommen und damit bereits einen Beitrag zum Abbau der Kapazitäten in Europa geleistet.

Zu Frage 3:

"Welche Förderungsmöglichkeiten (regional bzw. betriebsbezogen, für Weiterbildung, Infrastruktureinrichtungen, neue Technologien und Umwelt) stehen der Obersteiermark im allgemeinen und speziell dem Standort Donawitz - bei einem EU-Beitritt - offen?"

Da die bestehenden österreichischen Förderungsinstrumente bereits an das geltende EWR-Wettbewerbsrecht angepaßt wurden, sind angesichts der Problemlage in der Obersteiermark keine nennenswerten Einschränkungen zu befürchten. Zudem würde ein EU-Beitritt den Zugang zu den Förderungsprogrammen der Gemeinschaft eröffnen - das bedeutet insbesondere die Teilnahme an den sogenannten Strukturfonds der Gemeinschaft, die sowohl nach regionalen als auch nach horizontalen (sozial- und arbeitsmarktpolitischen) Zielen ausgerichtet sind. Die obersteirische Region um Donawitz gilt - obwohl dies nicht Teil der Beitrittsverhandlungen war - als sicheres "Ziel 2"-Gebiet ("Industriegebiet mit rückläufiger Entwicklung"). In einem solchen werden vor allem Umstrukturierungen alter Industriestandorte gefördert. Hohe Beteiligungschancen bestehen auch hinsichtlich der horizontalen Strukturfondsziele 3 und 4. Gelingt es den regionalen und überregionalen Maßnahmenträgern, ein entsprechend begründetes Programm vorzulegen, kann gemeinsam mit den EU-Strukturfondsmitteln ein substantiell erweitertes Förderungs-

- 3 -

volumen mobilisiert werden. Zur Vorbereitung der Programmerstellung wird deshalb in den nächsten Monaten die Arbeit der regionalen Programmgruppen vorrangig sein. Diese bauen auf sogenannten Regionalwirtschaftlichen Konzepten auf, die in weiteren Schritten maßnahmenorientiert konkretisiert werden. Ein solches Regionalwirtschaftliches Konzept wurde im Rahmen der EU-Vorbereitungsarbeiten der Österreichischen Raumordnungskonferenz für die östliche Obersteiermark bereits erstellt.

Mein Ressort wird seine unternehmensbezogenen Förderungsprogramme weiterführen. Hinsichtlich der Förderungsintensität (Förderobergrenzen) könnte es nach den noch laufenden diesbezüglichen Verhandlungen mit der EU zu gewissen Richtlinienanpassungen kommen. Über die unternehmensbezogenen Förderungen hinaus wird das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr die neue, bereits in Grundzügen bestehende Infrastrukturförderung gemeinsam mit dem Land Steiermark ausbauen - diese umfaßt insbesondere Technologie- und Gründerzentren sowie andere höherrangige Impulszentren als Schwerpunkte der Regionalentwicklung.

Das Unternehmen ÖIAG betreffend werden folgende aus dem EGKS-Funktionshaushalt nicht rückzahlbare Maßnahmen finanziert:

- Anpassungsbeihilfen
- Forschungsbeihilfen
- Zinsenverbilligungen für Investitionen und Umstellungen
- Sozialmaßnahmen in Verbindung mit Umstrukturierungen in der Stahlindustrie

Aus dem EU-Haushalt werden folgende, für die Industrie relevante Maßnahmen gefördert:

Ziel 2: Industriegebiete mit rückläufiger Entwicklung

Ziel 3/4: Langzeitarbeitslose, Eingliederung von Jugendlichen.

Weiteres Forschungsförderungsprogramm:

"Viertes Rahmenprogramm der EU für die gemeinschaftlichen Maßnahmen zur Forschung und technologischen Entwicklung (1994-1998)".

Zu Frage 4:

"Wie lautet die Einschätzung der Zukunft dieser Region im allgemeinen und speziell des Stahlstandortes Donawitz im Fall eines EU-Beitritts?"

Wirtschaftsprognostische Standortanalysen betonen zur Zeit die Anpassungsprobleme sowohl durch die EU-Integration wie durch die Öffnung der Ostmärkte. Dabei dürfte die Ostkonkurrenz für technisch weniger entwickelte Bereiche den bei weitem größeren Anpassungsbedarf verursachen. Ein EU-Beitritt bedeutet neben den wettbewerbsbedingten Anpassungen aber vor allem auch verbesserten Marktzugang und die Beteiligung an struktur- und technologiepolitischen Entwicklungen und Förderungsprogrammen. Auch können wichtige infrastrukturelle Verbesserungen von Problemstandorten wegen der damit verbundenen Finanzierungserfordernisse in Kofinanzierung mit EU-Fonds rascher verwirklicht werden.

- 5 -

Nach Auffassung der ÖIAG hätten die Gesellschaften der Langproduktengruppe einen großen Nachteil hinsichtlich der Vermarktung ihrer Produkte, wenn Österreich nicht der EU beitreten würde.

Zu Frage 5:

"Welche Maßnahmen betreffend Verkehrsinfrastruktur werden im Hinblick auf die EU von Ihrer Seite ins Auge gefaßt?"

Österreich nimmt nach einem Beitritt voll an den bestehenden und neuen Infrastrukturfinanzierungsprogrammen der EU teil und hat in diesem Zusammenhang zugesagt, die Kapazitätssteigerungen auf den einzelnen Eisenbahnachsen zusätzlich zu den bestehenden Ausbauprogrammen zu intensivieren.

Folgende Schwerpunkte betreffen die Steiermark:

Der Knoten Obersteiermark ist eine verkehrsgeographisch wichtige Schnittstelle für den österreichischen und den internationalen Eisenbahnverkehr. Hier kreuzen sich zwei europäische Hauptverkehrsachsen:

- Die Bahnachse Deutschland - Passau - Schoberpaß - Knoten Obersteiermark - Graz - Slowenien und*
- die Bahnachse Osteuropa - Wien - Semmering - Knoten Obersteiermark - Tarvis - Italien (Pontebbana).*

Der auf diesen Magistralen abzuwickelnde Verkehr wird insbesondere im Hinblick auf den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), den Transitvertrag und die Ostöffnung weiter zunehmen.

Der Kreuzungsbereich dieser Hauptmagistralen umfaßt rund 28 Kilometer von Bruck an der Mur über Leoben bis St. Michael. In diesem zweigleisigen Südbahn-

- 6 -

abschnitt trifft das Transportaufkommen von zwei zweigleisigen Strecken (also vier Gleise in beiden Richtungen) aufeinander. Um den hier unvermeidlich auftretenden Kapazitätsproblemen entgegenzuwirken, ist eine Entflechtung der Verkehre notwendig, die durch umfangreiche infrastrukturelle Maßnahmen infolge der engen Täler durch hohe Tunnelanteile erreicht wird:

- Errichtung des Galgenbergtunnels zwischen Leoben und St. Michael
- Errichtung des Traidersbergtunnels zwischen Leoben Donawitz und Traboch
- Umbau des Bahnhofes Leoben
- Errichtung des Hochalmtunnels zwischen Leoben und dem Raum Bruck an der Mur.

Der Ausbau der Schoberpaßstrecke schreitet voran. Mitte 1994 wird der Abschnitt Treglwang - Gaishorn und 1994/95 das Teilstück Rottenmann - Trieben fertiggestellt. Damit sind rund 85 % der Strecke Selzthal - St. Michael umgebaut. Mit dem Beginn des zweigleisigen Ausbaues der letzten ca. 9 km langen Lücke am Scheitel ist 1995 zu rechnen.

Für Mitte der Neunziger Jahre ist auch der Beginn der verstärkten Modernisierungsmaßnahmen im Ennstal vorgesehen. Ziel ist ein durchgehender zweigleisiger Ausbau zwischen Bischofshofen und Selzthal, der jedoch nur mittel- bis langfristig erwartet werden kann.

Wien, am 28. April 1994

Der Bundesminister

